Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 29 (2002)
Heft: 2

Artikel: Die Schweiz sagt Ja zur Uno
Autor: Crivelli, Pablo / Manouk, Georges
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-910083

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Schweiz sagt Ja zur Uno

PABLO CRIVELLI

Die Schweiz wird das 190. Mitglied der Vereinten Nationen. Am 3. März haben die Stimmbürger mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen einem Beitritt zugestimmt.

AM VOLKSMEHR zu Gunsten der Initiative hatte kaum ein Prognostiker gezweifelt. Bis im letzten Moment unsicher war allerdings das Ständemehr. Der Wahlsonntag wurde zur Zitterpartie. Schliesslich wurde die Initiative mit einem hauchdünnen Ständemehr (12 zu 11) angenommen.

Bis auf einige wenige Überraschungen wurden die Prognosen der Experten bestätigt: Die Inner- und Ostschweizer Kantone sowie das Tessin lehnten die Vorlage ab. Die Westschweiz stimmte wie erwartet geschlossen zu, wenn auch das Walliser Ja mit 51,5 Prozent (einem Mehr von lediglich 2700 Stimmen) nur ganz knapp ausfiel.

Seit 1891 wurden erst 13 Volksinitiativen angenommen. Dies zeigt, wie schwierig es ist, sich ohne breite politische Unterstützung durchzusetzen. Beispielhaft steht hierfür die massive Abschmetterung der Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für eine Verkürzung der Arbeitszeit: Sie wurde in allen Kantonen mit einem Nein-Stimmen-Anteil zwischen 58 Prozent (JU) und 89,6 Prozent (AI) abgelehnt.

Die durchschnittliche Stimmbeteiligung betrug 57,5 Prozent, die höchste Rate seit der Abstimmung über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahre 1992.

Übersetzt aus dem Italienischen durch Georges Manouk.

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsvorlagen

	Uno-Beitritt		Arbeitszeit-Initiative		Stimm-beteilig.
Kanton	JA %	NEIN %	JA %	NEIN %	in %
ZH	59,8	40,2	25,6	74,4	59,4
BE	56,4	43,6	23,4	76,6	57,1
LU	51,5	48,5	19,0	81,0	66,4
UR	40,3	59,7	18,8	81,2	59,4
SZ	38,9	61,1	15,6	84,4	68,6
OW	45,4	54,6	15,0	85,0	66,6
NW	46,5	53,5	15,0	85,0	69,0
GL	39,4	60,6	16,7	83,3	59,7
ZG	55,2	44,8	19,7	80,3	67,7
FR	59,2	40,8	31,2	68,8	56,0
SO	52,9	47,1	23,5	76,5	61,4
BS	64,1	35,9	31,3	68,7	62,8
BL	58,8	41,2	24,5	75,5	59,4
SH	45,4	54,6	24,8	75,2	72,6
AR	45,5	54,5	18,3	81,7	66,0
AI	32,5	67,5	10,4	89,6	66,1
SG	46,5	53,5	19,8	80,2	61,8
GR	45,6	54,4	19,6	80,4	55,9
AG	48,9	51,1	21,6	78,4	58,1
TG	43,2	56,8	17,5	82,5	58,8
TI	41,3	58,7	37,6	62,4	49,8
VD	63,5	36,5	34,0	66,0	46,5
VS	51,5	48,5	23,3	76,7	49,4
NE	65,2	34,8	38,2	61,8	65,9
GE	66,9	33,1	38,5	61,5	60,3
JU	63,1	36,9	42,0	58,0	53,8
Total	**54,6**	**45,4**	**25,4**	**74,6**	**57,5**

Imagopress

Das Uno-Gebäude in Genf.

80 Prozent Ja-Stimmen aus der Fünften Schweiz

Die Kantone Genf, Waadt und Luzern erfassen die Stimmen ihrer im Ausland lebenden Stimmbürger separat. Im Kanton Luzern legten 78,4 Prozent der Auslandschweizer ein Ja in die Urne. Im Kanton Genf, Sitz der Uno, haben die Auslandschweizer der Vorlage mit 78,2 Prozent zugestimmt, während der Prozentsatz der Ja-Stimmen im Kanton Waadt gar 81,3 Prozent betrug. Im Vergleich zu den Gesamtergebnissen (Luzern 51,5 Prozent, Genf 66,9 Prozent, Waadt 63,5 Prozent Ja-Stimmen) hebt sich die Fünfte Schweiz mit ihrer deutlichen Zustimmung damit klar vom inländischen Durchschnitt ab. ASO

KOMMENTAR

Wir bleiben neutral

Mit dem Ja zur Uno würden die Schweizer ihre integrale Neutralität, ihre «splendid isolation» aufgeben, hatten die Uno-Gegner moniert. In Wirklichkeit ist die integrale Neutralität – falls es diese jemals gab – seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr existent. Damals entschloss sich der Bundesrat, die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak und das ehemalige Jugoslawien mitzutragen, und beteiligte sich faktisch am Uno-Sicherheitssystem.

Am 3. März haben die Schweizer Stimmbürger logisches Denken bewiesen: Ein Uno-Beitritt ist nichts anderes als die Konsequenz des Ja zur Beteiligung bewaffneter Schweizer Soldaten an friedenssichernden Missionen im Ausland. Die Mehrheit der Stimmbürger hat den vom Bundesrat nach Ende des Kalten Krieges eingeschlagenen aussenpolitischen Kurs prinzipiell gutgeheissen und eine Situation korrigiert, die von vielen als abnormal empfunden wurde.

Das Pendel ist nicht bloss wegen eines neuen internationalen Kontextes auf die Ja-Seite ausgeschlagen – es waren vor allem die Zusicherungen des Bundesrates, die Neutralität bliebe unangetastet; denn obwohl sich die Neutralität als aussenpolitisches Instrument immer mehr zu einer leeren Formel entwickelt, ist sie den Schweizern ans Herz gewachsen. Mit psychologischem Feingefühl hatte die Regierung immer wieder vehement auf die Kompatibilität von Beitritt und Neutralität hingewiesen. Selbstverständlich entsprach das nicht der Meinung der Beitrittsgegner. Obwohl sie eine Niederlage einstecken mussten, ist es ihnen doch gelungen, über eine Million Wähler, vor allem aus ländlichen Gebieten, zu überzeugen.

Im Übrigen können die Uno-Gegner weiterhin ruhig schlafen: Der Bundesrat wird innerhalb der Weltorganisation eine Politik der Zurückhaltung praktizieren und sich auf die traditionellen Bereiche, wie die Entwicklungshilfe, konzentrieren. Bei Abstimmungen über die Verhängung von Wirtschaftssanktionen wird Bundesbern der Mehrheit folgen; bei militärischen Sanktionen wird sich die Schweiz der Stimme enthalten. *Pablo Crivelli*